

## 1. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 16. Juni 2014

Nach dem **Ergebnis der Kommunalwahl** am 25. Mai 2014 setzt sich der Duisburger Stadtrat nun wie folgt zusammen: 35 Ratsmitglieder der SPD, 21 Ratsmitglieder der CDU, 6 Ratsmitglieder der Grünen, 6 Ratsmitglieder der Linken, 4 Ratsmitglieder von ProNRW, 3 Ratsmitglieder der AfD, 2 Ratsmitglieder der FDP, 2 Ratsmitglieder von JuDu (Junges Duisburg), 1 Ratsmitglied der BL (Bürgerlich Liberale), 1 Ratsmitglied der DAL (Duisburger Alternative Liste), 1 Ratsmitglied der SGU (Sozial, Gerech, Unabhängig), 1 Ratsmitglied der Piratenpartei und 1 Mitglied der NPD. Die Ratsmitglieder von BL, SGU und Piraten haben sich zur Fraktion „PSL“ zusammen geschlossen, JuDu und DAL schlossen sich zur JuDu/DAL-Fraktion zusammen.

**Die konstituierende Sitzung des neuen Stadtrates** startete in einer sehr aufgeheizten und angespannten Atmosphäre. Erstmals war in Duisburg eine Vertreterin der NPD in den Rat eingezogen und die Fraktion ProNRW hatte es auf Anhieb mit 4 Mandatsträgern in den Rat geschafft. Aus Dortmund war zu hören, dass es handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen ´Rechten´ und ´Linken´ gegeben hatte und niemand in Duisburg wusste, wer die neuen Mandatsträger in Duisburg sind und wie sie auftreten würden. Dazu kamen fühlbare Bedenken über die politische Ausrichtung der AfD. Vor dem Rathaus demonstrierten linke Gruppierungen lautstark „gegen Rechts“, die Vertreterin der NPD ließ sich von 7 ´Bewachern´ in den Ratsaal begleiten. Zur beklemmenden Atmosphäre kam eine (neue) räumliche Enge, denn der Rat war durch Überhangmandate von 74 auf 84 Mandatsträger angewachsen und ein großes Aufgebot an örtlichen und überregionalen Journalisten, Fotografen und Kamerateams füllte den Saal zusätzlich.

Oberbürgermeister Link vollzog die notwendigen Formalien, d.h. er führte die Ratsmitglieder ein, indem er die Verpflichtungserklärung verlas und einen Schriftführer wählen ließ. Dann stand auf der Tagesordnung eine erste Beschlussvorlage unter dem Titel: „**Duisburger Konsens gegen Rechts, wir alle sind Duisburg!**“ Natürlich ging es in dieser ´Resolution´ um die Ablehnung rechter Gesinnung. Erwartungsgemäß meldete sich der Vorsitzende von ProNRW zu Wort und kritisierte den Beschlusstext. Er erklärte, dass „Rechts“ nicht automatisch nationalistisch, rassistisch und fremdenfeindlich sei, er sehe dies zumindest so. Und der Sprecher der AfD erklärte, dass die Resolution nicht komplett sei, da wir uns gegen jede Art von Extremismus aussprechen sollten, auch gegen linken und religiösen Extremismus. Auch wenn man ihm „in der Sache“ Recht geben kann, war die Wortmeldung in dieser angespannten Atmosphäre schwer erträglich und wirkte wie eine Art ´Verteidigungsrede´. Dieser Eindruck verstärkte sich anschließend noch, als die Fraktionen von ProNRW, AfD und die Ratsfrau der NPD gegen die Resolution stimmten.

Die Sitzung ging weiter mit einem Antrag von ProNRW, in dem die Anzahl der stellvertretenden Bürgermeister von 3 auf 2 reduziert werden sollte, der aber einstimmig abgelehnt wurde. Zur anschließenden **Wahl der stellvertretenden Bürgermeister** hatten sich SPD, CDU, Grüne und Linke auf eine gemeinsame Liste verständigt, die nun als Wahlvorschlag vorlag (M. Osenger, SPD, V. Mosblech, CDU und E. Kocalar, Linke). Außerdem schlug sich der Sprecher von ProNRW selbst vor. Bei der anschließenden geheimen Wahl erhielt er 6 Stimmen, obwohl seine Fraktion nur 4 Stimmen besitzt.

Zur ersten Sitzung eines neuen Stadtrates gehört auch die Einsetzung von Ausschüssen und die personelle Größe dieser Gremien festzulegen. Auch hier stimmten AfD, ProNRW und NPD aus unerfindlichen Gründen dagegen. Nach 55 Minuten war die erste Ratssitzung vorbei.

## 2. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 30. Juni 2014

Bei der zweiten Sitzung des neuen Stadtrates ging es fast ausschließlich um die Besetzung der Ausschüsse und der sog. Sondergremien. Bei der **Besetzung der Ausschüsse** sind keine Absprachen und Listenverbindungen erlaubt, d.h., dass jede Fraktion im Grunde nur immer für die eigenen Kandidaten stimmen kann und das Abstimmungsergebnis je nach Fraktionsgröße bereits vorher feststeht. Die zweiköpfige Gruppe der FDP hatte allerdings keine Kandidatenvorschläge eingereicht, da dies rechnerisch aussichtslos war. Demnach waren die beiden FDP-Mandatsträger in ihrem Abstimmungsverhalten frei und stimmten unterschiedlichen Kandidatenlisten (von SPD, CDU, JuDU/DAL) zu, was zu leichten Verschiebungen der eigentlich vorhersehbaren Ergebnissen führte. So kam es z.B. zu Losentscheiden zwischen den Fraktionen der Grünen und der Linken, die dadurch in einzelnen Ausschüssen kaum oder gar nicht vertreten sind. Die Grünen ärgerten und beklagten sich zwar später in den Medien darüber, aber das freie Abstimmungsverhalten der FDP-Mitglieder war nicht gesetzwidrig.

Dann standen die **Wahlen zur Besetzung der Sondergremien** an, also Aufsichtsräte, Verwaltungsräte, Beiräte und Verbandsversammlungen. Die Stadt Duisburg ist mittelbar und unmittelbar an über 100 Gesellschaften beteiligt, in denen Ratsmitglieder in den Aufsichtsgremien sitzen. In der Regel reichen die Fraktionen zu den einzelnen Wahlgängen (vorher) Listen mit Namensvorschlägen ein, über die nach dem Zählverfahren „Hare-Niemeyer“ offen abgestimmt wird. Die Gemeindeordnung sieht jedoch vor, dass eine Abstimmung geheim erfolgen muss, wenn auch nur eine Fraktion im Stadtrat dies beantragt.

Die Fraktion ProNRW beantragte sofort die **geheime Abstimmung zu allen anstehenden 50 Wahlvorgängen!** Erfahrene Ratsmitglieder wussten sofort, dass dies zeitlich eigentlich nicht möglich ist, weil für jeden einzelnen Wahlvorgang Stimmzettel gedruckt werden müssen und jedes einzelne Ratsmitglied in einer Kabine geheim abstimmen muss. Ein einzelner geheimer Abstimmungsvorgang dauert im Stadtrat erfahrungsgemäß immer ca. 30 Minuten. Dennoch dachte Oberbürgermeister Sören Link offenbar zu keiner Zeit darüber nach, die Sitzung zu unterbrechen und am nächsten Tag fortzuführen. Geradezu „eisern“ wurde die vorliegende Tagesordnung abgearbeitet, wurden Namensvorschläge abgefragt, Stimmzettel angefertigt, in Blöcken in den Kabinen abgestimmt von 2 Wahlkommissionen ausgezählt.

Allerdings, je später es wurde, desto öfter wurden Stimmzettel ungültig oder gar nicht ausgefüllt und **manchmal kam es zu ungewöhnlichen Abstimmungsergebnissen**. Auffällig: Immer wenn die 4köpfige Fraktion ProNRW einen Kandidaten vorschlug, kam kein Kandidatenvorschlag von der 3köpfigen AfD oder der einzelnen Ratsfrau der NPD und immer, wenn die AfD einen Wahlvorschlag machte, kam keine Kandidatur von ProNRW und NPD. Dennoch erhielten die jeweiligen Kandidaten fast immer 8 Stimmen in den geheimen Abstimmungen....

In den Auszählungspausen zwischen den einzelnen Wahlgängen wurden alle übrigen Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Dabei handelte es sich um die üblichen **Bebauungspläne und Jahresabschlüsse** städtischer Betriebe und Gesellschaften. Diskussionen kamen hierbei nicht auf.

Alle Mandatsträger und die beteiligten Mitarbeiter der Stadtverwaltung durchstanden die langatmige Veranstaltung in aufgewühlter Stimmung und stickiger Atmosphäre. **Um kurz nach 5:00 Uhr (morgens) beendete Oberbürgermeister Sören Link die 14stündige Sitzung.**

### 3. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 29. September 2014

Zur dritten Sitzung des Stadtrates wurden die Mandatsträger vor dem Rathaus von einer gut organisierten **Demonstration „gegen Rechts“** empfangen. Man wollte ein Zeichen setzen und auf eine Demo von ProNRW am vergangenen Freitag in Neumühl gegen die Unterbringung von Asylsuchenden im ehemaligen St. Barbara-Hospital reagieren.

Im Ratssaal war die Atmosphäre nicht mehr so angespannt wie in den vergangenen beiden Sitzungen. Dennoch sind die „bösen Erwartungen“ an den Sprecher von ProNRW merklich vorhanden und er lässt keine Gelegenheit aus, diesen gerecht zu werden. So legte er zu dieser Ratssitzung erwartungsgemäß **die ersten tendenziösen Anträge** vor: Zur Senkung der Asylbewerberzahlen in Duisburg, zur Errichtung eines Denkmals für Gefallene des ersten Weltkrieges, zu möglichen Massenvergewaltigungen in Duisburg (den Vorkommnissen in Rotherham, England folgend) und zu Aktivitäten bzw. Verstrickungen Duisburger Islamisten im Irak und Syrien. Stadtdirektor Spaniel verhinderte eine Diskussion zu diesen Anfragen mit dem nüchternen Hinweis, dass es sich hier offenbar um Fragen an die Polizei handle und die Polizei nicht zur Duisburger Stadtverwaltung gehöre. Außerdem beantragte ProNRW auch die Tagesordnungspunkte zu Asylbewerberheimen der anschließenden nicht-öffentlichen Sitzung in der öffentlichen Sitzung zu beraten, was aber aus juristischen Gründen nicht möglich war.

**Auch die AfD hatte eigenartige Anfragen** zu „Salafisten“, zum Zuteilungsschlüssel für die Zuweisung von Asylbewerbern und nach der Höhe der städtischen Zuwendungen für „Zugezogene“ im vergangenen Jahr. Auch hier konterte Stadtdirektor Spaniel, dass die Duisburger Sozialverwaltung derzeit mit wirklich wichtigen Dingen beschäftigt sei und er diese nicht in der Lage sehe, solche undefinierten und komplexen Anfragen zu bearbeiten.

Eigentlich war diese Ratssitzung zur Einbringung des städtischen Haushaltsplans für 2015 geplant. In früheren Zeiten hatten solche Sitzungen lediglich Reden des Oberbürgermeisters und des Kämmers auf der Tagesordnung, doch in den letzten Jahren verdichteten sich nach und nach die Themen, so dass es sich inzwischen um eine ‚gewöhnliche‘ Ratssitzung mit Haushaltseinbringung handelt.

Zunächst stand die **Wahl einer Beigeordneten für Sicherheit und Recht** auf der Tagesordnung. Dezernat Wolfgang Rabe war nicht wiedergewählt worden und auf eine öffentliche Stellenausschreibung bewarb sich die - auch in Duisburg bekannte - ISAR-Gründerin und stellvertretende Vorsitzende der CDU im Kreis Kleve, Dr. Daniela Lesmeister. Nur die Fraktion der Linken stimmte ohne Begründung gegen Frau Dr. Lesmeister, alle anderen wählten sie.

Anschließend folgte die **Einbringung des Haushaltsplans durch den Oberbürgermeister**. Schon in der schriftlichen Vorlage wurde darauf hingewiesen, dass dieser Plan in einer „nicht genehmigungsfähigen“ Fassung eingebracht wird. Der dazugehörige Stellenplan, die Veränderungsnachweisung des OB und „zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen“ (Streichliste) wurden den Ratsmitgliedern während der Sitzung als Tischvorlage präsentiert. Oberbürgermeister Sören Link kommentierte die Zahlen in seiner Rede. Demnach wäre es bereits im Juli klar gewesen, dass Einnahmen und Ausgaben in 2014 nicht übereinstimmen. Es liegt ein Defizit von 53,8 Mio. Euro vor, das allerdings durch einige „positive Effekte“ (z.B. Zinsersparnisse) rechnerisch reduziert werden kann, so dass im kommenden Jahr „nur noch“ ca. 11 Mio. Euro zusätzlich erwirtschaftet bzw. eingespart werden müssten.

Wenn man über einen so langen Zeitraum konsolidieren müsse, wie es der Stärkungspakt des Landes vorsehe, sei es normal, dass es zu Verschiebungen komme, so OB Link weiter. Dabei handele es sich auch nicht um ein alleiniges Problem von Duisburg, sondern vieler Städte im Ruhrgebiet. Außerdem seien die Probleme keinesfalls „hausgemacht“. Die Kosten für Asylbewerber liefen überall aus dem Ruder, da ca. 80% der nötigen Finanzmittel bei den Kommunen verblieben. Auch die beschlossene Reduzierung von ca. 70 Stellen pro Jahr in der Stadtverwaltung sei nicht erfolgt, weil die Stadt durch Gesetze sogar verpflichtet wurde, neue Mitarbeiter einzustellen. Auch bei der Eingliederungshilfe, bei den Mitteln für Straßen und Brücken und vielen anderen Themen habe sich alles anders entwickelt, als geplant. Bei vielen Sparmaßnahmen „blute ihm das Herz“, kommentierte OB Link seine vorgelegte Sparliste. **Die angestrebte Gesamtsumme von 11 Mio. Euro müsse erreicht werden**, jede einzelne Maßnahme könne jedoch vom Stadtrat geändert und/oder ersetzt werden. Diese Worte (und die vorgelegte Sparliste) erinnerten stark an den früheren Oberbürgermeister Sauerland, der schon 2010 mit ähnlichen Worten und einer fast identischen Liste (erfolglos) versuchte, alle freiwilligen Leistungen der Stadt zu streichen und vom Stadtrat nach dem „schwarzen Peter-Prinzip“ Alternativen zu fordern.

Stadtkämmerer Dr. Langner erklärte den Ratsmitgliedern zunächst noch mal den Stärkungspakt. Er sprach von starkem Handlungsdruck und klagte darüber, dass die verabredeten Hilfen aus Berlin erst 2018 gezahlt werden sollen. Diese fehlenden Bundesmittel gefährdeten die schwarze Null der Stadt. Geradezu kurios wurde es, als Dr. Langner erklärte, dass die **Insolvenz eines städtischen Unternehmens oder einer städtischen Gesellschaft abwegig und völlig ausgeschlossen** sei. Eine städtische Gesellschaft in Duisburg mit den Stadtwerken in Gera zu vergleichen wäre „völlig absurd“. Im Zweifel würde die Stadt immer helfen, wie es zuletzt bei der Gebag geschehen sei. Hier sprach der Stadtkämmerer offenbar nicht (allein) zum Stadtrat, sondern zu den Banken, die bei der Kreditvergabe an städtische Unternehmen immer größere Zweifel zu haben scheinen...

Der vorgelegte Haushaltsplan und die Sparvorschläge wurden zunächst **zur weiteren Beratung in die Ausschüsse** und Bezirksvertretungen verwiesen. In der Ratssitzung am 24. November soll der Plan für 2015 beschlossen werden.

**Es folgte ein Abstimmungsblock** zur Besetzung der Ausschüsse mit sachkundigen Einwohnern, zur Wahl von ehrenamtlichen Richtern beim Verwaltungsgericht Düsseldorf, zur Entsendung von Delegierten zum „Landesintegrationsrat“, zur Besetzung des Unterausschusses „Universität“, zur Zusammensetzung der Gremien „Mercator-Ehrennadel“, „Kulturbeirat“, „Beirat für Menschen mit Behinderungen“, des „Seniorenbeirates“, des „Beirates und der Trägerversammlung des Jobcenters“, der Mitglieder für die „FOC-Begleitkommission“, des „Beirates für Stadtgestaltung“, des „Beirates der Unteren Landschaftsbehörde“, und des Beirates für das „Niederrhein Therapie Zentrum“ (Forensik, Hohenbudberg). In keinem dieser Gremien ist die FDP in dieser Legislaturperiode vertreten. In fast allen Fällen stimmten (unterschiedlich viele) Mitglieder von ProNRW dagegen und oft auch ein oder zwei Mandatsträger der AfD.

Anschließend lagen dem Stadtrat die **Jahresabschlüsse** von Gebag, DBV, Revierpark Mattlerbusch u.a. vor. Wie üblich enthielten sich die FDP-Mitglieder hier der Stimme, da sie in diesen Gremien nicht vertreten waren.

Auch bei der **Einführung einer neuen kommunalen Wettbürosteuer** enthielten sich die beiden Mandatsträger der FDP ihrer Stimme, da sich die FDP nach einem Parteitagsbeschluss grundsätzlich gegen die Einführung jeder neuen kommunalen Steuer ausspricht, eine Steuer zur Eindämmung von Wettbüros aber dennoch nicht unsinnig und völlig falsch erscheint.

Bei einem der folgenden Tagesordnungspunkte, der **Einführung einer Sekundarschule in Rheinhausen**, stimmten Wilhelm Bies und Betül Cerrah deutlich dagegen. Die Stadtverwaltung hatte eine Umfrage unter den Eltern im Stadtbezirk durchgeführt, wobei sich 69,1% der Eltern nicht(!) vorstellen konnten, ihr Kind an einer Sekundarschule anzumelden. Daraus leitete die Stadtverwaltung ab, dass es im Bezirk Rheinhausen einen „potentiellen Bedarf“ für diese Schule gäbe... Aus diesem Grunde wird die letzte in Rheinhausen verbliebene und erst vor 2 Jahren zusammengelegte und neu gegründete Realschule sukzessive aufgelöst. Alle anderen Ratsmitglieder stimmten kommentarlos zu.

Beim Beschluss zum Umbau einer leerstehenden Schule in Rheinhausen zur **Notunterkunft für Asylbewerber** polterte der Sprecher von ProNRW erwartungsgemäß los und ereiferte sich minutenlang an den aufgeführten Kosten. Alle 4 Mandatsträger von ProNRW und die Ratsfrau der NPD stimmten gegen diesen Beschluss, ebenso wie 2 Mitglieder der AfD. Die dritte Ratsfrau der AfD enthielt sich der Stimme. Dieses differenzierte Abstimmungsverhalten wiederholte sich an diesem Tag noch häufiger, vornehmlich dann, wenn es um die Themen Zuwanderung und Asyl ging. Beim späteren Beschluss zur Nutzung des ehemaligen **St. Barbara-Hospitals in Neumühl** als Notunterkunft für Asylbewerber stimmten dann (nur) 3 ProNRW-Mitglieder, die einzelne NPD-Ratsfrau und der Vorsitzende der AfD-Fraktion dagegen.

Kommentarlos und einstimmig wurde beschlossen, das Leistungszentrum für Kanurennsport an der **Regattabahn** zu sanieren (732.000,-€), die Mängel zur Behebung der brandschutztechnischen Mängel im großen Saal der **Mercatorhalle** zu beseitigen (5,88 Mio. €) und einen Förderantrag zum Umbau des **Kantparks** zu stellen (100.000,- €).

Zwei weitere Beschlussvorlagen beschäftigten sich mit **Bebauungsplänen zum Grüngürtel Nord**. Innerhalb des Grüngürtels in Beek war in einem bestimmten Bereich bisher ein Gewerbegebiet geplant, was nun deutlich verkleinert werden soll. Trotz mehrmaligen Lesens und Nachfragen erschloss sich den FDP-Mitgliedern nicht, warum es jetzt besser sei, im Grüngürtel noch mehr Fläche für „Grün“ zu schaffen und ein - zum Teil bereits bestehendes - Gewerbegebiet zu verkleinern, daher stimmten die FDP-Mandatsträger (als einzige) dagegen. Allen anderen Änderungen von Bebauungsplänen wurde einstimmig zugestimmt.

Später folgten noch **zahlreiche, teils sehr umfangreiche Mitteilungsvorlagen**, bei denen die Verwaltung dem Stadtrat etwas zu einem bestimmten Thema mitteilt, es aber aktuell nichts zu beschließen gibt. Dabei handelte es sich z.B. um den Controllingbericht zum Haushaltssanierungsplan, einen Bericht zur Umsetzung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in NRW, aktuelle rechtliche Grundlagen zur Querschnittsaufgabe Frauenpolitik/Gender Mainstreaming, eine Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung, die Prüfung des städtischen Jahresabschlusses durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, die strategische Agenda 2020 der Euregio Rhein-Waal, u.a..

Insgesamt hatten die Mandatsträger in dieser Ratssitzung rund 90 Tagesordnungspunkte im öffentlichen und 14 Themen im nicht-öffentlichen Teil zu beraten. Um 20:25 Uhr waren beide Sitzungen beendet und die Ratsmitglieder verabschiedeten sich in die Herbstferien.

**Die nächste Ratssitzung** findet am 24. November 2014 statt, dann wird es vornehmlich um die Haushaltsverabschiedung für 2015 gehen. Schon jetzt darf man nicht nur auf die Reden der Fraktionsvorsitzenden gespannt sein, sondern auch, welche Sparmaßnahmen vom Rat beschlossen oder abgelehnt werden und welche Mehrheiten sich bis dahin für diese Beschlüsse (zusammen) finden.